

Initiative für ein Banken-Tribunal

Antrag der Projektgruppe Bankentribunal für Attac-Herbstratschlag 2009

Auf der Sommerakademie 2009 formierte sich, angestoßen durch Mitglieder von Attac München und den Publizisten Werner Rügemer, die Initiative für ein Bankentribunal, das am Beispiel der Hypo Real Estate Krisenursachen, fragwürdige Rettungsmaßnahmen sowie die fehlende Vorbeugung von neuen Krisen öffentlichkeitswirksam aufarbeiten soll. Nachdem der Karlsruher Ratschlag das Projekt unterstützt hat, bildete sich eine bundesweite Projektgruppe, die sich seither etwa einmal monatlich trifft und darüber hinaus in verschiedenen Unter-AGen inhaltlich und organisatorisch arbeitet.

Als Kooperationspartner des Projekts konnte die Berliner Volksbühne gewonnen werden, eines der renommiertesten Theater im deutschsprachigen Raum und darüber hinaus auch international für innovatives zeitkritisches Theater bekannt. Der große Saal des Hauses fast etwa 900 Zuschauer/innen.

Das Projekt soll dort am Wochenende vom 9. bis 11. April stattfinden.

Hintergründe

Im Herbst 2008 wurde die private Immobilienbank Hypo Real Estate mit staatlichen Bürgschaften und Kreditzusagen in Höhe von 102 Milliarden Euro vor der Insolvenz gerettet – genau ein Tag nachdem die 5-jährige Haftung durch die ehemalige Muttergesellschaft Hypovereinsbank auslief. Begründung der Rettung: Eine Kernschmelze des Finanzsystems hätte sonst gedroht. Im Frühjahr 2009 wurde die Bank dann verstaatlicht und wird seither mit ständig wachsenden Eigenkapitalzuschüssen des Bundes in Milliardenhöhe am Leben erhalten, bisher ca. 10 Mrd. € Noch ausstehender Kapitalbedarf: ungewiss.

Ebenfalls im Herbst 2008 verabschiedete der Bundestag im Schnellverfahren das Finanzmarktstabilisierungsgesetz – entworfen von der privaten Anwaltskanzlei Freshfield Bruckhaus Deringer –, das die Einrichtung eines Sonderfonds für Bankenrettungen (SoFFin) mit einem Budget von 480 Milliarden Euro vorsieht. Dieses Budget – mehr als das Doppelte des Bundeshaushaltes – ist der Kontrolle des Parlaments und der Öffentlichkeit de facto vollständig entzogen.

Sowohl die Größenordnung der Bankenrettungspakete als auch ihre Intransparenz und Demokratieferne sind in der Geschichte der Bundesrepublik ohne Beispiel.

Seit Inkrafttreten der Rettungsmaßnahmen hat außerdem weder eine substantielle Offenlegung der Risiken, die in den Bilanzen der geretteten Banken versteckt sind, stattgefunden, noch ein allgemeines Verbot der Finanzpraktiken, die in die Krise geführt haben. Einer neue Blase und neuen Krisen wird nicht vorgebeugt, die Banken können weiterhin hochriskante Geschäfte tätigen und davon ausgehen, dass sie beim Absturz mit Steuergeldern aufgefangen werden.

Abzusehen ist außerdem, dass die Kosten der Krise langfristig der Allgemeinheit aufgebürdet werden – in Form von massivem Stellenabbau, Sozialkürzungen und weiterer Privatisierung öffentlichen Eigentums.

Die Bankenrettungen folgen damit der Logik, die privaten Gewinne aus dem globalen Spielcasino unangetastet zu lassen und die Verluste zu vergesellschaften. Sie stellen in ihrer intransparenten Form eine radikale Aushöhlung demokratischer Prinzipien dar und gefährden

das öffentliche Wohl.

Bisher hat weder eine angemessene öffentliche Aufarbeitung dieser Vorgänge noch eine ernsthafte Diskussion über grundlegende Veränderungen des Finanzsystems stattgefunden. Auch der Bundestagsuntersuchungsausschuss zur Hypo Real Estate ist seiner Aufgabe nicht gerecht geworden. So haben diverse Geheimhaltungsaufgaben den Ausschuss zur Farce gemacht. Vor diesem Hintergrund hat es sich die Projektgruppe zur Aufgabe gemacht, ein Tribunal ins Leben zu rufen, das Aufklärung schaffen und Alternativen entwickeln soll.

Zu den Fragen, die das Tribunal bearbeiten wird, gehören:

- Waren die Rettungen der HRE und anderer Banken durch Steuergelder tatsächlich alternativlos?
- Wie ist es möglich, dass eine einzelne Bank das gesamte Wirtschaftssystem und die von ihm abhängigen Menschen in den Abgrund zu reißen droht?
- Mit welchen Praktiken ist der Einbruch des Finanzsystems herbeigeführt worden?
- Warum wurden bisher kaum Maßnahmen ergriffen, um krisenverursachende Praktiken wirksam zu unterbinden?
- Welche Verantwortlichen sind hinter den anonymen „Sachzwängen“ auszumachen? Welche Rolle haben Bundesregierung und Bankenaufsicht gespielt?
- Wie können wir dafür sorgen, dass die Verursacher der Krise für ihre Folgen in Haftung genommen werden und bezahlen?
- Können wir zulassen, dass weiterhin Banken existieren, die so groß, so undurchschaubar und so unberechenbar sind, dass sie den Staat und seine Bürger mit der Drohung einer „finanziellen Kernschmelze“ erpressen können?
- Welche Alternativen gibt es für ein Bankenwesen, das den Bedürfnissen der Menschen dient statt im globalen Casino hochriskante Wettgeschäfte zu betreiben? Welche erfolgreich praktizierten Beispiele gibt es dafür in Geschichte und Gegenwart, in Europa und anderen Teilen der Welt?

Form des Tribunals

Das Tribunal soll am Freitag Abend (9.4.) mit einer Eröffnungsrede eines internationalen Gasts (angesprochen werden Naomi Klein und Michael Moore) und einer Lesung der Volksbühne zum Thema Banken eröffnet werden.

Das eigentliche Tribunal soll am Samstag, dem 10.4., stattfinden, beginnend um 9.30 Uhr mit der Anklageerhebung. Es folgen mehrere Blöcke der Beweisaufnahme, in der zahlreiche Zeugen zu den Vorgängen vernommen werden, unterbrochen durch eine partizipative Phase in kleineren Gruppen. Am Abend folgen die Schlussplädoyers und die Urteilsverkündung. Am Sonntag Vormittag ist ein „Forum der Alternativen“ angedacht, in dem konkrete Vorschläge zur Transformation des Finanzsektors diskutiert und Perspektiven zur Weiterarbeit entwickelt werden.

Die Reden von Anklägern, Zeugen und Verteidigern werden aufgelockert durch kurze Videobeiträge, die in pointierter Form anschaulich komplexe Zusammenhänge darstellen. Auch kabarettistische Einlagen, die aber in die Form der Zeugenanhörung integriert sein werden, sind möglich.

Das Tribunal wird kein Theaterstück, auch wenn es theatrale Elemente beinhaltet und einer sorgsamem Dramaturgie bedarf. Als Zeugen treten authentisch Journalisten, Gutachter, Banker, NGO-Vertreter etc. und vor allem auch Betroffene der Krisenfolgen auf – darunter auch eine Zeugin auch aus dem globalen Süden.

Als Richter werden prominente Intellektuelle und Vertreter einer kritischen Zivilgesellschaft fungieren. Angefragt sind u. a. Elmar Altvater und Roger Willemsen.

Angeklagt werden sowohl Banker und die von ihnen bedienten Aktionäre als auch politische Entscheidungsträger – und nicht zuletzt Komplizen aus Bankenaufsicht, Wirtschaftsprüfungsunternehmen und Rating-Agenturen.

Da wir davon ausgehen, dass diese Angeklagten vor einer von uns ausgewählten Jury nicht erscheinen werden, werden Verteidiger an ihrer statt sprechen – möglicher Weise als *Advocati diaboli* aus unseren Reihen.

Dem Tribunal geht es dabei nicht in erster Linie darum, individuelle Schuldige dingfest zu machen oder gar Sündenböcke ins Rampenlicht zu stellen, sondern darum, die systemischen Ursachen der Krise einem breiten Publikum in spannender Form anschaulich zu machen und zu weitergehenden Fragen und Einmischungen anzuregen.

Die Anklagepunkte

Drei Anklagepunkte werden im Zentrum des Tribunals stehen. Jedem Anklagepunkt wird ein Anklagerteam zugeordnet.

1. Zerstörung unserer ökonomischen Lebensgrundlagen

- Auszehrung der Staatshaushalte / Verschuldung
- Soziale Folgen / Arbeitslosigkeit
- Folgen für den globalen Süden

2. Aushöhlung der Demokratie

- Verfassungsbruch: Entmachtung des Bundestages (SoFFin-Gesetz)
- Organisierte Geheimhaltung und Täuschung von BT und Öffentlichkeit
- Erpressung des Staates und der Gesellschaft („too-big-to-fail“-System)
- Interessenvermischung und Ämterhäufung

3. Verletzung der Vorsorgepflicht / Erhalt eines krisenhaften Systems

- Kein Verbot risikoreicher Finanzpraktiken und Finanzinstitutionen
- Fahrlässige Vorbereitung/Inkaufnahme neuer Blasen und neuer Krisen
- Keine Maßnahmen zur Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums, national und international

Aktionen auf dem Weg zum Tribunal

Die Projektgruppe hat als Auftakt ihrer Arbeit am 20.8. eine Aktion im HRE-Ausschuss des Bundestages durchgeführt, die bundesweit in den Medien großen Widerhall fand.

Zum ersten Geburtstag des SoFFin hat die Gruppe außerdem eine Aktion vor dem SoFFin-Gebäude in Frankfurt gemacht, bei der mit einem großen Gebläse symbolisch 480 Mrd. € in die Luft geblasen wurden und demokratische Kontrolle eingefordert wurde.